

USA

Das Beben von Washington

Sensationelle Kehrtwende der US-Geheimdienste: Iran hat nach ihren Erkenntnissen das Programm zum Bau einer Atombombe schon 2003 eingestellt. Die Scharfmacher schäumen, Präsident Bush aber bleibt bei seinen Warnungen vor einem „nuklearen Holocaust“. Hat er Amerika angelogen?

Nichts haben sie ausgelassen, um die Situation möglichst dramatisch erscheinen zu lassen, um mit den Säbeln zu rasseln, um zu drohen. Vom „Dritten Weltkrieg“, der durch Irans „aggressives Vorantreiben eines militärischen Atomprogramms“ drohe, sprach US-Präsident George W. Bush noch vor kurzem. Sein Vize Dick Cheney meinte, der Westen sei gezwungen, Teheran „mit allen Mitteln“ von seinen „Bombenplänen“ abzubringen. Je früher es amerikanische Militärschläge gegen die iranischen Atomanlagen gäbe, „desto besser“, orakelte Norman Podhoretz, außenpolitischer Berater des Favoriten der Republikanischen Partei für die Präsidentschaftsnominierung, Rudy Giuliani.

Und John Bolton, bis 2006 Uno-Botschafter der USA, hielt es für eine unverantwortliche „Appeasement“-Politik, die Gefahr eines von Teheran ausgelösten nuklearen Holocaust auch nur zu relativieren. Den Chef der Uno-Waffenkontrolleure und Friedensnobelpreisträger Mohamed ElBaradei wollte er wegen angeblicher Leisetreterei gegenüber Iran am liebsten sofort absetzen: „Der Mann ist ein Apologet des Mullah-Regimes.“

Nun ist plötzlich alles anders: Montag vergangener Woche brach die Drohkulisse des Weißen Hauses und seiner scharfmacherischen Freunde wie ein Kartenhaus zusammen. Den Stoß versetzten ihr ausgerechnet die gebündelten Erkenntnisse der CIA und der anderen 15 amerikanischen Geheimdienste: Sie gaben in Sachen iranischer Atombombe Entwarnung, jedenfalls für absehbare Zeit.

„Es ist der dramatischste Wandel einer Geheimdienstschätzung, den ich je erlebt habe“, sagt Bruce Riedel, Nahost-Experte bei der Brookings Institution, der selbst 30 Jahre in Regierungsdiensten war: „Der Bericht ist eine Kehrtwende um 180 Grad.“

Vor allem aber ist er dazu angetan, ein außenpolitisches Erdbeben auszulösen: Er wird die vom Weißen Haus gewünschte Verschärfung internationaler Sanktionen gegen Teheran so gut wie sicher verhindern, Irans Ansehen als eine dem Westen trotzbare Macht in Nahost dagegen dramatisch stärken – und, spätestens nach George W. Bushs Abgang aus dem Weißen Haus in 13 Monaten, wohl zu direkten

Verhandlungen zwischen Washington und Teheran führen.

Aber auch innenpolitisch löst der Geheimdienstbericht Erschütterungen und eine Flut von Fragen aus: Seit wann wusste der Präsident von den neuen Geheimdienstserkenntnissen? Hat er – wie schon bei der Begründung des Irak-Kriegs – die Gefahren unverantwortlich aufgebauscht? Hat er womöglich sein Volk schlicht angelogen? Was bedeutet das für ihn und seine letzten Monate im Amt – und für die Präsidentschaftsbewerber beider Parteien, die ihm bei seinen Horrorszenarien am unkritischsten folgten?

Dazu muss man sich die Hauptpunkte des „National Intelligence Estimate“ vor Augen halten, die in Washington einge-

schlagen haben wie eine Bombe, aber nicht nur dort. Die Geheimdienste sagen:

► „Wir beurteilen mit einem hohen Maß an Verlässlichkeit, dass Teheran im Herbst 2003 sein Nuklearwaffenprogramm gestoppt hat.“

► „Wir gehen davon aus, dass sich Teheran die Option offenhält, Nuklearwaffen zu entwickeln. Wir halten es für höchst unwahrscheinlich, dass Teheran bis 2009 eine Atombombe bauen könnte. Wir beurteilen mit einem mittleren Grad der Verlässlichkeit, dass Iran irgendwann zwischen 2010 und 2015 technisch in der Lage sein wird, genug hoch angereichertes Uran für eine Waffe herzustellen.“

CIA & Co. widersprechen mit diesen Einschätzungen ihren eigenen, alarmisti-

Die heimliche Front Geheimdienste der USA



Nationaler Geheimdienst-Direktor

Koordiniert die Arbeit der wichtigsten der 16 US-Dienste und fasst deren Erkenntnisse zusammen. 1250 Mitarbeiter.



Mike McConnell



Central Intelligence Agency

Die CIA leistet Aufklärung im Ausland und führt geheime Operationen aus.



Federal Bureau of Investigation

Die Abteilung „Nationale Sicherheit“ bekämpft im Inland Terrorismus und Spionage.



Defense Intelligence Agency

Militärgeheimdienst. Die vier Teilstreitkräfte unterhalten noch zusätzlich je einen eigenen Dienst.



National Security Agency

Belauscht mit großem technischem Aufwand weltweit die elektronische Kommunikation.



National Geospatial-Intelligence Agency

Beschafft kartografisches Material und Bilder.



National Reconnaissance Office

Betreibt Aufklärung mit Hilfe von Spionagesatelliten.

Nachrichtendienste in Ministerien ...

- Außenministerium
- Finanzministerium
- Energieministerium
- Ministerium für Heimatschutz

... und anderen Behörden

- Küstenwache
- Anti-Drogen-Behörde

DER SPIEGEL

schen Verlautbarungen aus dem Jahr 2005, und sie bestätigen aus eigenen Quellen im Wesentlichen das, was ElBaradei mit den Kontrolleuren seiner Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) vor Ort herausgefunden hat – wofür ihn Bolton aber in die Wüste jagen wollte: Es gibt derzeit keinen Hinweis darauf, dass Teheran ein Atomwaffenprogramm vorantreibt.

Wie die amerikanischen Geheimdienste will auch die IAEA dies nicht als vollständige Entwarnung verstanden wissen; die Linie zwischen einem zivilen und einem militärischen Programm ist nicht leicht zu ziehen. Es besteht durchaus die Gefahr, dass Iran den Schalter herumlegen und sich – nach weiteren Fortschritten bei der Urananreicherung – zur „virtuellen Atommacht“ deklarieren könnte.

ElBaradei hat zwar die verbesserte Kooperation der iranischen Behörden bei direkten IAEA-Nachfragen begrüßt, beklagt aber immer noch, dass Teheran nichts freiwillig aufdecke. Solange sich daran nichts ändert, wird er kaum die Aufhebung der Uno-Sanktionen befürworten – was der iranische Präsident nach Bekanntwerden des US-Geheimdienstberichts sogleich gefordert hat. „Dies ist unsere Siegeserklärung, die amerikanischen Verleumdungen sind mit ihrer Strategie gescheitert!“, stellte Mahmud Ahmadinedschad trium-



MEHDI GHASEMI / AP

Iranischer Staatschef Ahmadinedschad: „Dies ist unsere Siegeserklärung“

phierend fest. Wohl wissend, dass die Uno-Sicherheitsratsmitglieder China und Russland jetzt jede neue Sanktionsrunde blockieren könnten.

George W. Bush wirkte wie ein Verlierer, als er im Weißen Haus den Geheimdienstbericht zu interpretieren versuchte. Mehr noch als sonst rang er nach Worten, wirkte fahrig, niedergeschlagen. „Als hätte er die Nacht damit verbracht, in seinem Lagerzentrum mit Stühlen zu werfen“, befand ein Reporter des US-Nachrichtenmagazins „Time“. In der Sache sagte der Präsident

nicht viel. Im Grunde habe sich doch nichts geändert, meinte er und fügte kryptisch hinzu: „Ich verstehe, worum es geht, ich sehe die Probleme klar vor mir, ich werde den Bericht nutzen, um die internationale Gemeinschaft weiterhin für den Frieden zusammenzubringen.“

Immerhin gestand er, schon im August vom Nationalen Geheimdienstdirektor Mike McConnell gehört zu haben, es gebe Neuigkeiten zum iranischen Atomprogramm. Er habe aber – so seine Erinnerung – nicht nachgefragt, welche das seien.

Noch am 17. Oktober hatte der Präsident öffentlich sein apokalyptisches Szenario vom „Dritten Weltkrieg“ wiederholt, der wegen des iranischen Atomprogramms drohe. Wenn Bush in einer so wichtigen Sache nicht um Aufklärung gebeten habe, sei er „einer der inkompetentesten aller amerikanischen Präsidenten“, schäumte der angesehene demokratische Senator Joe Biden – und drohte dem Mann im Weißen Haus ein Amtsenthebungsverfahren an, sollte er nun trotzdem noch unprovokiert in den Krieg gegen Iran ziehen.

Für die Präsidentschafts-Kandidatenkür der Demokratischen Partei hat der Geheimdienstbericht die Karten neu gemischt. Als Verliererin steht nun Hillary Clinton da, die sich – aus Angst davor, beim „Krieg gegen den Terror“ als zu weich dazustehen – außenpolitisch bisher erstaunlich wenig von Bush abgesetzt hat. Dass sie vor fünf Jahren für das Irak-Abenteuer stimmte, hat sie inzwischen als Fehler erkannt, und es wurde ihr weitgehend verziehen. Dass sie auch die extrem harte Linie des Amtsinhabers gegen Iran zum großen Teil mittrug und an Bushs Seite Teherans Revolutionswächter wegen ihres „Mitwirkens am Atomwaffenprogramm“ zur Terrororganisation erklärte, könnte jetzt aber ihren Wahlkampf belasten.

Konkurrent Barack Obama, dem sie immer wieder mangelnde außenpolitische Erfahrung vorwirft, kann jedenfalls darauf verweisen, er sei von Anfang an gegen den Irak-Krieg und für harte, aber direkte Gespräche mit Teheran gewe-



JIM WATSON / AFP

US-Präsident Bush

sen. Obama hat Clinton bei den Meinungsumfragen zur Vorwahl in Iowa überholt – sollte er dort im Januar siegen, dürfte seine von vielen schon als gescheitert angesehene Kampagne an Rückenwind gewinnen und den Vorsprung der Rivalin schmelzen lassen.

Für die Scharfmacher unter den Republikanern ist durch den Geheimdienstbericht eine ganze Welt zusammengebrochen, dementsprechend basteln sie schon an Dolchstoßlegenden. In der Sache angreifbar ist der Bericht offensichtlich nicht.

Die CIA-Erkenntnisse basieren auf Dokumenten, die den Agenten im Sommer 2006 in die Hände fielen: Darin beklagen sich iranische Militärs, die mit dem Atomprogramm befasst waren, bitterlich über dessen Einstellung. Abgehörte Telefonate widerlegten die Zweifler, die ein iranisches

Aber auch ein nüchterner Nahost-Experte wie Ray Takeyh vom Council on Foreign Relations sieht Bushs Autorität massiv untergraben. „Wir konstatieren, dass sich Regierungsinstitutionen dem Weißen Haus widersetzen“, sagt er. In einer völligen Rollenkehr würden heute Geheimdienste und Generäle dem Präsidenten die Politik vorgeben: „Das legt nahe, dass Bush nicht mehr viel zu sagen hat.“ Womöglich kann der Präsident, der im Januar nach Israel fährt, der dortigen politischen Führung auch jene Kompromisse nicht mehr abringen, die nötig wären für wirkliche Fortschritte in der Region.

In keinem Land außerhalb der USA hat das Geheimdienstdossier so eingeschlagen wie in Israel. „Schmerzhaft“ sei es, ein „Schlag unter die Gürtellinie“, urteilte das Massenblatt „Jediot Acharonot“. Israel



Israelisches Militär im Südlibanon*: „Schlag unter die Gürtellinie“

Täuschungsvermögen zunächst nicht aus schließen wollten.

„Die Beleglage muss hervorragend sein“, meint CIA-Experte Riedel: „Sonst würden sich nicht alle 16 Dienste so festlegen.“ Vor allem nicht nach dem Geheimdienstdesaster im Irak-Krieg. Nichts warf ein so verheerendes Bild auf die Qualität der US-Spionage wie die Aussage des damaligen CIA-Chefs George Tenet, der Ende 2002 selbstgerecht – und zu Unrecht – behauptet hatte, die Existenz der Massenvernichtungswaffen sei „eine todsichere Sache“.

Allein schon die Veröffentlichung des Berichts ist für die republikanischen Falken ein skandalöser Akt. Einen „Quasi-Putsch“ nennt Bolton sie gegenüber dem SPIEGEL: „Das ist Politik, die als Geheimdienstinformation verkleidet daherkommt.“ Die Dienste seien unzufrieden mit der Bush-Regierung. Manche glauben, sie hätten, womöglich mit Billigung des Verteidigungsministers und Ex-CIA-Chefs Robert Gates, einen Krieg gegen Teheran unmöglich machen wollen.

stehe nun da „wie ein von Panik getriebener Hase“, meinte die liberale Tageszeitung „Haaretz“. Die Politiker spielten nach außen hin ihr Entsetzen herunter. Regierungschef Ehud Olmert deutete den Bericht sogar zur Aufforderung um, internationale Sanktionen zu verschärfen. Verteidigungsminister Ehud Barak wiederum äußerte Zweifel am Stand der US-Aufklärung: „Es sieht so aus, als ob Iran im Jahr 2003 für eine kurze Periode sein Atomprogramm gestoppt hat. Nach den uns vorliegenden Informationen haben sie es seitdem wieder aufgenommen.“

Hinter den Kulissen kracht es zwischen Washington und Jerusalem. Die Israelis fühlen sich von der CIA vorgeführt – sie sind der Überzeugung, dass ihre Informationen über Teherans Pläne die besten sind. Nach wie vor gehen sie davon aus, dass Iran bis Ende 2009 die Atombombe besitzen könnte. „Wir hatten gehofft, die Amerikaner würden das mit dem Militärschlag gegen die iranischen Anlagen übernehmen“, sagt ein enger Vertrauter des Regierungschefs zum SPIEGEL: „Jetzt stehen wir allein da.“

ERICH FOLLATH,
CORDULA MEYER, CHRISTOPH SCHULT

RUSSLAND

Zeichen von Hysterie

Nach der Duma-Wahl verschärft sich der Kampf um die Putin-Nachfolge. Es geht um Macht und schwarze Kassen, das Amt des Präsidenten ist bereits geschwächt.

Wahlsieger sehen anders aus. Die ernste Miene, die Russlands Präsident Wladimir Putin beim Besuch eines Zentrums für Weltraumtechnik am Rande Moskaus zeigt, passt eher zu einer Beerdigung. Aber hat der Präsident nicht am Vortag bei der Duma-Wahl als Spitzenkandidat der Kreml-Partei „Einiges Russland“ 64,3 Prozent der Stimmen eingefahren und seiner Gefolgschaft zwei Drittel der Sitze im Parlament verschafft?

Als müsste er dennoch gegen Enttäuschung ankämpfen, nennt der angespannt wirkende Kreml-Chef das Ergebnis einen „zweifellosen Erfolg“ und einen „guten Sieg“. Und fügt hinzu, die Wahl zeige einen „hohen Grad an Legitimität unseres Parlaments“. Gerade daran bestehen Zweifel. Das Resultat für die Putin-Partei war nur durch trickreiches Vorgehen der Provinzverwaltungen zustande gekommen, dennoch hatte es nicht für die gewünschten gut 70 Prozent gereicht.

Der Wahlbetrug war offenkundig. Die von Moskau eingesetzten Machthaber in der Kaukasusrepublik Tschetschenien zum Beispiel scheuten sich nicht, ein Ergebnis von 99,36 Prozent für die Präsidentenpartei zu melden, die Nachbarn in Inguschien standen ihnen mit 98,72 Prozent kaum nach. „Es war keine freie, keine gleiche und keine demokratische Wahl“, kommentierte die deutsche Bundesregierung ungewohnt klar die Putin-Show, und das amerikanische „Newsweek“-Magazin gab seinen Lesern den Tipp: „Vergessen Sie die Wahl“, die reale Politik werde ganz woanders gemacht.

Wohl wahr. Seit Monaten wogt in Moskau ein Kampf der Clans um Macht und Milliarden, um Öl, um Gas, um schwarze Kassen. Nur vorübergehend hatte die Wahlkampagne der vergangenen Wochen einen Schleier über den Stellungskrieg gelegt.

Wie in keinem anderen größeren europäischen Land sind in Russland politische und wirtschaftliche Macht auf meist trübe Weise verquickt. Acht Führungsbeamte der Präsidentenverwaltung und zwölf Minister haben Aufsichtsratsposten in großen Staatskonzernen. Manche von ihnen stehen zudem im Verdacht, über Strohmänner an milliardenschweren Firmen beteiligt zu sein. Alle eint derzeit

* Bei der Rückkehr vom Feldzug gegen die Hisbollah im August 2006.